

Buschmann will Gefängnisse entlasten

Volle Haftanstalten, hohe Kosten im Justizvollzug: Der Justizminister will Ersatz für Freiheitsstrafen schaffen.

BERLIN. Wer eine Geldstrafe nicht zahlen kann oder will, soll nach den Vorstellungen von Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) künftig nicht mehr so viel Zeit ersatzweise hinter Gittern verbringen müssen. Ein Entwurf, der zur Abstimmung an die anderen Ressorts der Bundesregierung verschickt wurde, sieht vor, dass ein Tag Ersatzfreiheitsstrafe nicht mehr einem, sondern zwei sogenannten Tagessätzen entsprechen soll. Die Zeit hinter Gittern würde dadurch also kürzer.

Wie hoch der jeweilige Tagessatz ist, hängt vom Nettoeinkommen des Verurteilten ab. Geldstrafen, die bei Nichtzahlung in die Haftanstalt führen, werden zu etwa einem Drittel wegen kleinerer Diebstähle oder Betrügereien verhängt. Knapp ein Viertel der Fälle betrifft Schwarzfahrer. Eine Entscheidung darüber, ob das Fahren ohne gültigen Fahrschein womöglich demnächst von der Straftat zur Ordnungswidrigkeit herabgestuft wird, soll im Zuge dieser geplanten Reform noch nicht getroffen werden. Aus Koalitionskreisen heißt es dazu immer noch, dies werde noch geprüft.

Um Ersatzfreiheitsstrafen nach Möglichkeit zu vermeiden, soll die Vollstreckungsbehörde nach dem Willen des Bundesjustizministers zudem verpflichtet werden, Verurteilte rechtzeitig darauf hinzuweisen, wenn ihnen gestattet werden kann, die Ersatzhaft durch gemeinnützige Arbeit abzuwenden. Dieser Hinweis soll auf jeden Fall in einer Form erfolgen, die sicherstellt, dass ihn auch ein Mensch, der nicht gut Deutsch spricht, versteht. Buschmann hofft, dass die Länder mitziehen werden. Ein belegter Strafplatz kostete im Bundesdurchschnitt nach Berechnungen seines Ministeriums im Jahr 2019 rund 119 Euro pro Tag. *dpa*

Das Zitat des Tages



Foto: dpa/Marjjan Murat

„Ich kann jetzt nicht Geld in die Staatskasse zaubern. Ich hab auch keinen Geldscheißer im Ministerium wie im berühmten Märchen. Das habe ich alles nicht.“

Winfried Kretschmann, Ministerpräsident Baden-Württembergs

Kurz berichtet

Anschlag: selbst gebastelter Sprengsatz vermutet

OBERHAUSEN. Eine Explosion hat in Oberhausen das Parteibüro der Linken und mehrere Ladengeschäfte beschädigt. Da eine politische Motivation der Tat naheliegt, nahm der Staatsschutz Ermittlungen auf, wie die Polizei mitteilte. Die Polizei fand Anzeichen für einen selbst gebastelten Sprengsatz. Hinweise auf mögliche Täter gab es zunächst nicht. In der Nacht auf Dienstag hatte die Explosion gegen 3.20 Uhr die Scheiben des Parteibüros sowie benachbarte Geschäfte beschädigt, etwa einen Friseursalon und ein Reisebüro. *dpa/APF*

Festnahmen bei Polizeieinsatz gegen Schleuserbanden

DEN HAAG. Bei einem Großsinsatz gegen Schleuserbanden in 22 europäischen Ländern hat die Polizei mehr als 130 Verdächtige festgenommen. Das teilte die europäische Polizeibehörde Europol in Den Haag mit. Die Durchsuchungen fanden zwischen dem 6. und 13. Juni statt und richteten sich gegen Kriminelle, die Kinder schleusen. Mehr als 22 000 Beamte führten Kontrollen auf See und an Land. An der Aktion nahmen auch Interpol und die europäische Grenzschutzbehörde Frontex teil. *dpa*

Nicht einmal die Coronakrise konnte den Optimismus der Deutschen nachhaltig erschüttern. Als viele Geschäfte schließen mussten und das Land in eine tiefe Wirtschaftskrise geriet, sorgten sich zwar Millionen Menschen um ihren Arbeitsplatz – doch schon Monate später kehrte die Zuversicht zurück. Mit großem Aufwand hatte die Politik es geschafft, die Wirtschaft zu stabilisieren und massenhafte Pleiten abzuwenden. Milliardenhilfen und Kurzarbeit trugen dazu bei, Firmen und Jobs abzusichern – sie stärkten zugleich das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik.

Rund eineinhalb Jahre lang waren die Zuversichtlichen in der Mehrheit – nun liegen sie laut dem BaWü-Check der baden-württembergischen Tageszeitungen mit einem Anteil von 24 Prozent wieder weit hinter denen zurück, die den kommenden zwölf Monaten mit Befürchtungen entgegensehen: ein massiver Stimmungsumschwung. Dabei dominiert dieses Mal nicht die Angst um den Arbeitsplatz, sondern die Frage, wofür das Geld angesichts stark steigender Preise noch reicht. Rund die Hälfte will sich beim Autofahren oder bei Restaurantbesuchen einschränken, über 40 Prozent beim Urlaub und beim Kauf von Lebensmitteln.

Vor allem Geringverdienern geht die Geldentwertung an die Substanz. In den

Leitartikel

Inflation gefährdet den Zusammenhalt

Der BaWü-Check zeigt, dass Geringverdiener am stärksten leiden. Darauf muss die Politik reagieren.

VON KLAUS KÖSTER



unteren Einkommensgruppen fühlen sich 82 Prozent stark oder sehr stark belastet und damit deutlich mehr als in der Gesamtbevölkerung. Sie schränken sich auch viel stärker ein. Setzt sich die Entwicklung fort, wird der Urlaub wieder ein Privileg für Besserverdiener. Die zumindest gefühlte Spaltung der Gesellschaft wird durch die Inflation deutlich vergrößert, denn diese wirkt wie eine Steuer, die vor allem Geringverdiener belastet. Diese geben besonders viel von ihrem Einkommen für den Konsum aus, der nun wesentlich teurer wird.

Ein Gas-Stopp könnte die Lage noch verschärfen – doch die Politik bremst sich aus.

Die Umfrage zeigt, welchen Zündstoff diese Entwicklung birgt. Ein verstärktes Auseinanderdriften der Gesellschaft ist eine Steilvorlage für Populisten. Längst hat die AfD die Inflation als ideales Thema erkannt, um den einen Teil der Wähler als Projektionsfläche für den Frust der anderen zu nutzen. Die Gesellschaft sei gespalten in diejenigen, die erst an der Tankstelle bemerken, dass das Leben teurer wird und jene, die sich seit Langem kein Auto leisten könnten und nun für die Freiheit frieren sollten, erklärte Parteichef Tino Chrupalla. Bisher pro-

fiert die Partei nicht von der Krise – doch angesichts der möglichen Verschärfung der Lage durch einen russischen Gas-Lieferstopp kann sich die Stimmung auch drehen.

Ein Ausgleich, der sozial schwache Haushalte vor Überschuldung oder Pleite schützt, ist nötig, um die Lasten gerechter zu schultern. Klar ist allerdings auch, dass das Geld, das die Verbraucher zusätzlich ausgeben müssen, vor allem ins Ausland fließt – etwa zu den Lieferanten von Öl und Gas. Dieses Geld lässt sich in Deutschland nicht umverteilen. Einige Firmen wie Mercedes schaffen es zwar, derart an der Preis- und Inflations-schraube zu drehen, dass sie trotz Kostensteigerung hohe Gewinne erzielen – in Summe aber kostet die Inflation Wohlstand, der sich auch durch Geld aus der Staatskasse nicht wird aufrechterhalten lassen.

Dass die Politik nicht alles unternimmt, um eine weitere Steigerung der Energiekosten abzuwenden, ist wenig verantwortungsvoll. So würde die Verlängerung der Laufzeit der Atommeiler zumindest verhindern, dass Deutschland seine riesige Energieklücke weiter vergrößert. Doch darüber will Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) nicht einmal mehr nachdenken. Schließlich sei die Entscheidung bereits gefallen. Tabus und Denkblockaden aber sind das Letzte, was aus dieser Situation heraushelfen kann.

EU-Parlament stemmt sich gegen „grüne“ Atomenergie

In Straßburg kommt es zu einer Kampfabstimmung über die Pläne der EU-Kommission, Atomkraft und Gas als umweltfreundliche Energien einzustufen. Die Parlamentarier könnten die Taxonomie blockieren.

VON KNUT KROHN

BRÜSSEL. Kurz vor der Entscheidung rühren die Gegner der Taxonomie die ganz große Werbetrommel. „Ruft bei den Abgeordneten in den Wahlkreisen an. Bleibt sachlich, habt die besseren Argumente zur Taxonomie und kommt ins Gespräch mit ihnen“, forderte der CDU-Europaparlamentarier und Umweltpolitiker Peter Liese während einer Veranstaltung im Internet auf.

Die Unruhe unter den Abgeordneten ist ungewohnt groß, denn sie haben es am Mittwoch in der Hand, die Pläne der EU-Kommission zu durchkreuzen, die Investitionen in Atomkraft und Gas als klimafreundlich einzustufen will. Über Monate hatten die Gegner dieser sogenannten Taxonomie Stimmen für ihr Vorhaben gesammelt. Was anfangs noch völlig aussichtslos schien, rückt inzwischen unerwartet in greifbare Reichweite. Zuletzt lehnten der Umwelt- und der Wirtschaftsausschuss des Parlaments knapp die Taxonomie in ihrer vorliegenden Form ab. „Wir haben inzwischen rund 290 Abgeordnete, die dagegen stimmen werden“, sagt Michael Bloss von den Grünen. Das aber ist zu wenig, denn benötigt wird die absolute Mehrheit von 353 Stimmen im 705 Sitze zählenden Parlament.

Der erbitterte Streit um die Taxonomie ist in der Silvesternacht des Jahres 2021 losgebrochen. Kurz vor Mitternacht veröffentlichte die EU-Kommission das höchstumstrittene Papier. Die Taxonomie soll Investoren und Banken einen Leitfadens geben, welche Technik in Sachen Klima als nachhaltig einzustufen ist. Sie hat daher für die Finanzbranche, aber auch für Deutschland insgesamt große



Kann Atomkraft nachhaltig sein? Über die Taxonomie wird gestritten. Foto: dpa/Armin Weigel

Bedeutung, da immer mehr Investoren nur in grüne Technologien einsteigen wollen. Vor allem auf Drängen von Frankreich, wurde die Atomkraft in die Taxonomie aufgenommen, Deutschland machte sich für Gas stark.

Die Parlamentarier waren verärgert über das in ihren Augen selbstherrliche Vorgehen der Kommission. Viele der Abgeordneten machten danach ihre eigene Position deutlich, und es zeigte sich, dass sich die Grenzen bei diesem Thema quer durch alle Fraktions- und Ländergruppen ziehen. Selbst viele der als sehr wirtschaftsfreundlich eingestuften konservativen Abgeordneten lehnen den Leitfadens ab. „Am Markt gibt es schlichtweg keinen Appetit für eine Taxonomie mit Kern-

energie und Gas“, erklärte Markus Ferber nach der Abstimmung im Wirtschaftsausschuss. Der CSU-Europaabgeordnete ist wirtschaftspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion. „Eine Taxonomie, die vom Markt nicht akzeptiert wird, ist das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben ist“, lautet sein vernichtendes Fazit.

Die Grünen, die als einzige Fraktion im Parlament den Vorschlag geschlossen ablehnen, haben nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine ein neues, sicherheitspolitisches Argument an die Hand bekommen. Der schnelle Abschied Europas vom Gas sei nicht nur besser für das Klima, sondern beende auch die Abhängigkeit von russischen Energieimporten, erklärt Michael Bloss, stellvertretendes Mitglied im Umweltausschuss. Die EU habe die Chance, eine Vorreiterrolle im Kampf gegen den Klimawandel zu übernehmen und mit der Taxonomie „den Goldstandard für Investitionen in die klimaneutrale Wirtschaft“ zu setzen, sagt er.

Die EU-Kommission hat den Aufstand der Abgeordneten allerdings nicht nur durch das provozierende Timing der Veröffentlichung befeuert. Die Taxonomie wurde als sogenannter Delegierter Rechtsakt angelegt. Das heißt, dass das Parlament und auch die Mitgliedstaaten dem Rechtsakt nicht zustimmen müssen. Sie können ihn lediglich durch ihren Einspruch blockieren. Das aber hat viele der Abgeordneten zusätzlich empört, weil sie sich schlicht übergangen fühlten. Auch wenn die Blockade im Europaparlament am Mittwoch scheitern sollte, wollen die Gegner der Taxonomie weiterkämpfen. Sie haben bereits eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof angekündigt.

Taxonomie könnte den Goldstandard setzen für Investition in klimaneutrale Wirtschaft.

Ehe für alle: Mehr als 65 000 Trauungen

Trotz vieler gleichgeschlechtlicher Eheschließungen sehen Lesben und Schwule gesetzlichen Nachholbedarf.

WIESBADEN. Seit Einführung der Ehe für alle im Jahr 2017 sind in Deutschland mehr als 65 000 gleichgeschlechtliche Ehen geschlossen worden. Stand Ende vergangenen Jahres liegen die Frauen etwas vorne: So wurden knapp 33 300 Ehen zwischen Frauen und gut 32 300 zwischen Männern gezählt, wie das Statistische Bundesamt mitteilte.

„Die Ehe für alle hat für Schwule und Lesben endlich ein großes Stück gesellschaftliche Gleichberechtigung gebracht“, sagte Stefanie Lünsmann-Schmidt aus dem Bundesvorstand des Lesben- und Schwulenverbands (LSVD) in Berlin.

Bundestag und Bundesrat hatten die Ehe für alle vor fünf Jahren, kurz vor der Sommerpause 2017, beschlossen – also die rechtliche Gleichstellung homosexueller mit heterosexuellen Partnerschaften, einschließlich des uneingeschränkten Adoptionsrechts. Seit dem 1. Oktober 2017 können gleichgeschlechtliche Paare heiraten.

Zuvor hatten diese nur die Möglichkeit, eine Lebenspartnerschaft amtlich eintragen zu lassen. Ein Teil davon wurde seitdem in Ehen umgewandelt. „Ohne Umwandlungen von eingetragenen Lebenspartnerschaften waren es bis Ende 2021 insgesamt 36 800 gleichgeschlechtliche Eheschließungen“, erklärten die Statistiker. „Wir sehen auch an der hohen Anzahl der umgewandelten Lebenspartnerschaften in Ehen, dass der Zugang zur Ehe notwendig, gewollt und richtig war“, sagt Lünsmann-Schmidt.

Doch der LSVD sieht immer noch gesetzlichen Nachholbedarf: „Wir benötigen ein Abstammungsrecht, in dem Kinder von Beginn an zwei Eltern haben und in der queere Paare nicht, trotz gemeinsamen Kinderwunsches und gemeinsamer Erziehung, durch ein aufwendiges gerichtliches Adoptionsverfahren müssen“, sagte Lünsmann-Schmidt. *dpa*

Nato-Staaten signieren Beitrittsprotokolle

Schweden und Finnland sind der Aufnahme in die Nato einen weiteren Schritt näher. Nun steht noch Arbeit in den 30 Mitgliedstaaten an.

BRÜSSEL. Vertreter der 30 Mitgliedstaaten der Nato haben die für die Aufnahme von Schweden und Finnland notwendigen Beitrittsprotokolle unterzeichnet. „Das ist ein historischer Tag für Finnland, für Schweden, für die Nato und für die euro-atlantische Sicherheit“, sagte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Beide Länder würden wesentliche Beiträge zu dem Verteidigungsbündnis leisten und die Nato noch stärker machen. Der brutale Einmarsch Russlands in die Ukraine habe den Frieden in Europa zerstört, sagte Stoltenberg. Deshalb sei es nun wichtig, zusammenzustehen.

Mit den Beitrittsprotokollen wird Stoltenberg ermächtigt, die beiden nordischen Staaten offiziell zur Mitgliedschaft einzuladen. Bevor sie in Kraft treten können, müs-

sen sie allerdings noch von den Mitgliedstaaten ratifiziert werden. An diesem Verfahren ist meist auch das nationale Parlament beteiligt. In Deutschland soll sich der Bundestag nach Angaben der FDP-Fraktion bereits am Freitag damit befassen.

Schätzungen zufolge könnte es wegen des Verfahrens noch sechs bis acht Monate dauern, bis Finnland und Schweden tatsächlich in das Bündnis aufgenommen werden können. Bis dahin dürfen Vertreter der beiden Länder allerdings bereits ohne Stimmrecht an den Sitzungen des Nato-Rats teilnehmen.

Die Türkei hatte den Beitrittsprozess zunächst blockiert. Erst als beide Länder zusicherten, auf mehrere ihrer Forderungen einzugehen, gab sie den Widerstand auf. *dpa*

Die Tomicek-Karikatur



Dauerschleife